

Marktanteil von 30 Prozent, gemessen an der Zuschauerquote.

In dieser politischen Kehrtwende sehen Kritiker wie der NDR-Intendant Jobst Plog „eine reine Standort-Allianz zwischen den Ländern Nordrhein-Westfalen und Bayern“ – in NRW ist der Medienmulti Bertelsmann, in Bayern die Kirch-Gruppe zu Hause. Plog: „Die beiden sind erhebliche Wirtschaftsfaktoren, die massiv Geld in die Standorte pumpen“ (siehe Interview).

Besonders umstritten ist die im Mainzer Ergebnis-Papier festgehaltene 30-Prozent-Grenze für die Marktmacht der Konzerne. Die SPD-Kommission Medienpolitik reduzierte im Leit Antrag für Mannheim die Marktanteilsbegrenzung auf 25 Prozent.

Die fünf Prozent Differenz zum Papier von Bad Neuenahr würden viel bewirken. Denn die öffentlich-rechtlichen TV-Anstalten halten im ganzen etwa 40 Prozent am Fernsehmarkt. Von den restlichen 60 Prozent würde also, nach Adam Riese, ein 30-Prozent-Wettbewerber die Hälfte des privaten Marktanteils erreichen. Skeptiker bei SPD und den Grünen halten die Marge für viel zu hoch.

Da der jeweils andere Großkonkurrent alles daran setzen würde, um nachzuziehen, entstünde eine Art brüderlich geteiltes Monopol, sagt Giani voraus. Er spricht von der „gesetzlichen Erlaubnis eines Duopols“.

Den gewichtigsten Einwand erhebt Ernst Benda (CDU), früher Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Die Karlsruher Richter hätten 1986 in einem Urteil zum Privatfernsehen gefordert, erinnert Benda, jetzt Vorsitzender der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, den „Tendenzen zur Konzentration rechtzeitig und so wirksam wie möglich entgegenzutreten, zumal Fehlentwicklungen gerade insoweit schwer rückgängig zu machen sind“.

Ausgerechnet der Kern der künftig vorgesehenen Konzentrationskontrolle, die Marktanteilsbegrenzung, sei aber in der laufenden Debatte bereits verfassungsrechtlich in Zweifel gezogen worden, so Benda. Der Riegel könnte sich leicht als unwirksam erweisen. Schließlich sei es problematisch, „wirtschaftlichen Erfolg zu bestrafen“, erläutert der Staatsrechtler.

Benda sibyllinisch: „Ich sehe die Regelung noch lange nicht.“

Doch unverdrossen kämpfen die Medienmultis aus NRW und Bayern mit Hilfe ihrer politischen Büchsenpanzer für das Monopolmodell – so, als seien die Frequenzen den Kirchs und Bertelsmännern qua Erstgeburtsrecht in die Wiege des Kommerzfernsehens gelegt worden.

„Banal wie in Amerika“

Interview mit NDR-Intendant Jobst Plog über drohende Fernseh-Monopole

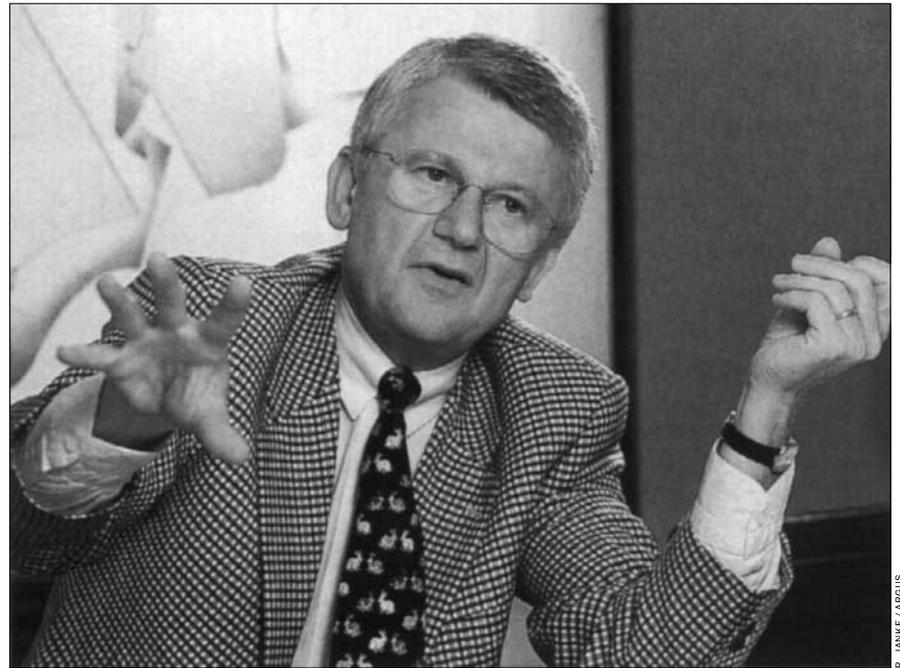
SPiegel: Der SPD-Politiker Wolfgang Clement hat zusammen mit Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) die Bundesländer auf einen neuen Medienkurs eingeschworen. Was halten Sie davon?

Plog: Zu diesem Verhandlungsergebnis, wenn es denn eines sein sollte, kann man Herrn Stoiber nur beglückwünschen. Mit welcher seiner Positionen hat er sich eigentlich nicht durchgesetzt? Die Sozial-

beiden sind erhebliche Wirtschaftsfaktoren, die massiv Geld in die Standorte pumpen.

SPiegel: Warum soll nicht auch im Mediengewerbe Marktwirtschaft herrschen?

Plog: Die große Frage ist, wie unabhängig auf Dauer öffentliche Meinungsbildung möglich ist. Die Medienhäuser Bertelsmann und Kirch, wenn sie denn einmal den Markt unter sich aufgeteilt haben,



ARD-Manager Plog: „Die Strategie heißt Schwachsparen“

demokraten, die immerhin in 14 von 16 Ländern in der Regierung sitzen, hatten mit allerlei Forderungen aufgerüstet – doch am Ende erreichten sie nur, was das Bundesverfassungsgericht ohnehin seit Jahren garantiert. Entweder die wollten nichts herausholen, oder sie können nicht verhandeln.

SPiegel: Werden sich die Gewichte im Medienmarkt nun entscheidend verschieben?

Plog: Eine reine Standort-Allianz zwischen den Ländern Nordrhein-Westfalen und Bayern will vor allem eines: Wachstum der Kommerziellen zu Lasten der Öffentlich-Rechtlichen. Die kommerziellen Konzerne, die schon groß sind, dürfen noch größer werden. Man muß konkreter hinsehen, welchen Interessen die Medienwende dient – und das sind die von Leo Kirch in München und von Bertelsmann im westfälischen Gütersloh. Die

sind kein Garant für Pluralität, noch nicht einmal für Informationsprogramme.

SPiegel: Neue Satelliten fürs digitale Fernsehen können Hunderte von Programmen ausstrahlen. Da fällt es schwer, Monopole zu entdecken.

Plog: Frequenzvielfalt heißt nicht Vielfalt im Programm. Wenn künftig kommerzielle derzeit solidar-finanzierte Programmware von ARD und ZDF individuell anbieten, dann nur gegen besondere Bezahlung. Dann verschwänden attraktive Informationsmagazine, Sportsendungen und Spielfilme im Pay-TV. Und die frei empfangbaren Hauptketten wie RTL und Sat 1 strahlten mittelmäßige Sendungen aus. Wir bekämen amerikanische Verhältnisse.

SPiegel: Gerade US-Giganten wie Time Warner, Disney oder Viacom drängen auf den deutschen Markt. Müssen die heimischen Unternehmen nicht ein we-

nig größer werden, um mithalten zu können?

Plog: Ob nun ein deutscher Veranstalter die amerikanischen Spielfilme abspielt oder ein amerikanischer Veranstalter, scheint mir nicht das dringlichste aller Probleme zu sein. Wir sind doch nicht nur Opfer, sondern gestalten eigenständig unsere Medienlandschaft. Warum sollen wir eine ungeheure Banalisierung wie in Amerika zulassen?

SPIEGEL: War es nicht höchste Zeit für eine medienpolitische Neuregelung? Die Landesmedienanstalten kommen mit den unklaren Rechtsvorschriften zur Kontrolle des Privatfernsehens nicht mehr klar.

Plog: Es gibt Gesetze zur Begrenzung des Besitzes an Fernsehsendern, die nicht eingehalten wurden – das gerät nun völlig in Vergessenheit. Künftig können Vater Kirch, Sohn Kirch, Frau Kirch und Hund Kirch TV-Kanäle betreiben, und keiner wird es verhindern. Bertelsmann betreibt dann eben auch vier Sender.

SPIEGEL: Stoiber und Clement haben eine einfache Rechnung: Die Förderung der privaten Medienkonzerne soll Jobs bringen.

Plog: In Nordrhein-Westfalen ist das gelungen, im Sendegebiet des Norddeutschen Rundfunks weniger. Man darf bei

solchen Bilanzen nicht vergessen, daß zum Beispiel der NDR allein in Hamburg 350 Arbeitsplätze abbauen muß. Offenbar zählen Jobs bei den kommerziellen mehr als bei ARD und ZDF.

SPIEGEL: Sie übertreiben! Schließlich garantieren die Länder doch höhere Gebühren von wahrscheinlich vier Mark.

Plog: Die Strategie heißt eindeutig Schwachsparen. Die Gebühr ist so be-

„Die begreifen Medienpolitik allein als Standortpolitik“

messen, daß der NDR, der bereits massiv Arbeitsplätze gestrichen hat, noch einmal bestraft wird, weil er weiter Substanz abbauen muß. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere programmliche Autonomie festgeschrieben, und er hat dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Entwicklungsgarantie gegeben. Sollte jemand daran zweifeln, werden wir erneut nach Karlsruhe ziehen. Zum Schwachsparen paßt doch auch, daß die Öffentlich-Rechtlichen zwar zwei neue Spartenka-

näle machen dürfen, aber dafür kein Geld bekommen sollen.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich von der SPD im Stich gelassen?

Plog: Nicht von der SPD, die ist nicht monolithisch. Aber von jenen Sozialdemokraten in den Staatskanzleien, die Medienpolitik allein als Standortpolitik begreifen. Die vergessen ganz, daß das Leitbild eines staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Errungenschaft der Nachkriegszeit ist wie das unabhängige Verfassungsgericht. Das kann man nicht einfach abschalten. Sozialdemokraten haben die Medien immer der Kultur zugerechnet, nicht nur zur Wirtschaft. Die Fabrikation von Würsten ist etwas anderes als die Herstellung von Rundfunkprogrammen – da werde ich mich auch von Herrn Clement nicht beirren lassen.

SPIEGEL: Arbeitet deshalb der langjährige Sozialdemokrat Plog in der neugegründeten Medienkommission der Grünen mit?

Plog: Wenn mich eine politische Partei um Sachverstand bittet, bringe ich ihn ein, jedenfalls wenn Aussicht auf Erfolg besteht. Die Grünen artikulieren wenigstens noch, daß ihnen die gesellschaftlichen Folgen von Rundfunk am Herzen liegen. Man muß die Bataillone sammeln, wo sie sind. □